

Gibt es eine Indien-Solidaritätsbewegung

von Frank Braßel

Es gibt eine große Vielfalt der Basisbewegungen in Indien, es gibt regelmäßige Begegnungen von deutschen und indischen NGO-Leuten, relativ geringe Sprachbarrieren, zahlreiche politische und soziale Probleme auf dem Subkontinent. Alles Voraussetzungen für eine Solidaritätsbewegung, wie man sie zu anderen Ländern und Kontinenten kennt. Trotzdem kann von einer Indien-Solidaritätsbewegung in Deutschland nicht die Rede sein.

Als Solidaritätsbewegung soll hier nicht nur eine relativ einheitliche politische Bewegung verstanden werden, wie es die Solibewegungen zu Kuba oder Nicaragua sind bzw. waren. Als Solidaritätsbewegungen möchte ich alle Netzwerke von lokalen Aktionsgruppen oder auch nationalen Organisationen verstehen, die sich den Fragen sozialer und politischer Gerechtigkeit, Menschenrechten und Umweltschutz in einem Land der Dritten Welt widmen, die über einen kontinuierlichen Austausch untereinander verfügen und zumindest punktuell gemeinsame Veranstaltungen bzw. Aktionen durchführen.

Der regionale Schwerpunkt von Solidaritätsbewegungen in Deutschland liegt in Lateinamerika. Nicht nur zu kleinen Ländern mit deutlich sichtbaren Konfliktlinien wie Nicaragua und Kuba, sondern beispielsweise auch zu dem lateinamerikanischen Giganten Brasilien in Gestalt des KOBRA-Netzwerkes (Kooperation Brasilien e.V.). Weniger präsent in der Soliszene ist heute Afrika, obwohl von dort mit der Unterstützung der algerischen Freiheitsbewegung Anfang der 60er Jahre die ersten Konturen einer Solidaritätsbewegung in Deutschland ihren Ausgang nahmen. Solidaritätsbewegungen zu Afrika konzentrieren sich heute auf den südlichen Teil, Südafrika, die ehemaligen Apartheidstaaten wie Mocambique oder Namibia. Auch zu asiatischen Ländern hat es Solibewegungen gegeben bzw. gibt es sie noch. Zu nennen wären Vietnam, insbesondere während und nach dem Vietnam-Krieg, aber auch bezüglich der Philippinen und Tibet.

Warum gibt es keine Indien-Solidaritätsbewegung?

Eine vergleichbare Indien-Solidaritätsbewegung gab und gibt es nicht. Hierfür sind m.E. vier Gründe ausschlaggebend:

1. Indien hat trotz der langen Kolonialphase seine kulturelle Eigenständigkeit gegenüber der europäisch-christlichen Kultur behauptet. Das macht offenbar

die politische Solidarisierung von seiten hiesiger Gruppen schwierig. Fast alle o.g. Solibewegungen beziehen sich auf zumindest im kulturellen Sinn christlich dominierte Länder, wenn man von der Solidarität zu Vietnam und Tibet abieht, die sich an der Intervention einer Großmacht entzündete. Hier gibt es natürlich eine wechselseitige Beziehung zum starken Engagement christlicher Gruppen und Personen im hiesigen Solidaritätsbereich.

2. Nicht nur die kulturelle Andersartigkeit und Vielfalt, sondern auch die Vielfalt und die Eigenständigkeit der indischen NGOs und Volksbewegungen hat eine Solibewegung verhindert. Es gibt in Indien keine landesweit organisierte einheitliche alternative Bewegung, die als Counterpart zu einer hiesigen Solibewegung dienen könnte. Die einzigen nationalen "alternativen" Bewegungen in Indien sind letztlich die diversen kommunistischen Parteien, die weder in nennenswerter Form Kontakte zu nicht-kommunistischen Bewegungen im Norden gesucht haben noch für diese besonders attraktiv waren. Und die neuen regionalen alternativen Bewegungen, wie zum Beispiel die 'Chattisgarh Mukti Morcha', legen bislang wenig Wert auf internationale Vernetzung.

3. Das unabhängige Indien verfügte stets über eine beträchtliche demokratische Substanz, durchlief - mit Ausnahme des Notstandsregimes unter Indira Gandhi - keine Phase der brutalen politischen Diktatur, die eine Solidarisierung mit deren Opfern - im Land oder als Flüchtlinge bei uns - und eine Parteinahme von außen erforderte.

4. Die vielfältigen deutschen Gruppen, die zu Indien arbeiten, sind meist sehr stark projektbezogen, speisen sich vielfach aus der direkten Begegnung mit einzelnen indischen Personen oder Gruppen, worüber sie auch ihre Motivation und Identifikation beziehen. Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, daß sich die deutschen Gruppen, die zu Indien arbeiten, kaum um eine Vernetzung im eigenen Land be-

müht haben.

Dies sind m.E. die wichtigsten Gründe, warum bis heute zu Indien keine Solidaritätsbewegung in Deutschland existiert. Gleichzeitig gibt es aber eine kaum überschaubare Vielfalt an kirchlichen und nichtkirchlichen Gruppen, Hilfswerken, Menschenrechtsorganisationen usw., die sich mit Indien beschäftigen. Eher neueren Datums ist in diesem Zusammenhang die erfreuliche Tendenz, daß sich aus dieser Vielfalt vereinzelte Bündnisse zu spezifischen Themen in Indien bzw. zu deutsch-indischen Beziehungen entwickelt haben. Diese verschiedenen Ansätze zur Indien-Solidarität sollen im folgenden exemplarisch aufgezeigt werden. Klar sollte sein, daß es bei vielen Organisationen und Gruppen eine Vermischung von Aktivitäten gibt, die bei der folgenden Kategorisierung nicht immer erwähnt werden kann. Auch können hier nicht alle Initiativen Erwähnung finden, zumal es bis heute keinen systematischen Überblick gibt.

1. Projektgebundene Kontakte

Es gibt kaum ein Hilfswerk in der Bundesrepublik Deutschland, das nicht Projekte in Indien unterstützen würde. Zusätzlich verfügen viele kirchliche Gemeinden, Schulen oder Dritte-Welt-Gruppen über Kontakte zu einer Organisation oder Region in Indien, wo sie "ihr" eigenes Projekt materiell unterstützen. Das 'Indien-Büro' in Herrsching hat sich über solche Projekte inzwischen als neues Kleinsthilfswerk konstituiert. Es soll hier weder gegen materielle Hilfsleistungen noch gegen direkte deutsch-indische Kontakte auf dieser Ebene gesprochen werden. Festzuhalten bleibt allerdings, daß eine Bestandsaufnahme oder gar eine Evaluierung dieser Einzelkontakte bislang fehlt, gesicherte Daten über ihre Wirksamkeit also nicht vorliegen.

2. Austausch-Programme

Die direkte Begegnung und gegensei-



Demonstration in Bonn gegen IWF und Weltbankpolitik (Foto: ASW)

tige Besuche sind ein wichtiges Element der deutsch-indischen Kontakte. Seit langem aktiv in diesem Bereich ist die 'Deutsche Calcutta-Gruppe', die in der Zukunft beispielsweise auch die gegenseitige Vermittlung von Praktika-Plätzen für Sozialarbeiter anstrebt. Eher neueren Datums ist das Indien-Projekt der Evangelischen Studentengemeinde, das eng mit der Gruppe ACCORD ('Action for Community Organization, Rehabilitation and Development') in Gudalur/Tamil Nadu zusammenarbeitet. Nach gegenseitigen Besuchen ist für 1997 ein internationales Treffen mit TeilnehmerInnen aus Afrika, Asien und Europa in Gudalur geplant, wo es um die Thematik der Armut und Armutsbekämpfung gehen soll.

3. Informationsarbeit

Solidaritätsarbeit setzt immer den Zugang zu Informationen jenseits der herrschenden Meinung voraus. Kritische Berichterstattung und insbesondere den Vertreterinnen und Vertretern alternativer Bewegungen eine Stimme zu geben, ist ein Grundanliegen jedweder Solidaritätsarbeit. Hier scheint mir das 'Südasiens Büro' im neugeschaffenen

'Asienhaus' in Essen die wichtigste Institution zu sein. Die Zeitschrift 'Südasiens' vermittelt achtmal im Jahr umfassende und zuverlässige Informationen über die Standpunkte aus der Region und damit auch über Indien, was mir angesichts der bescheidenen materiellen Ressourcen des Büros eine beachtliche Leistung zu sein scheint.

Natürlich wird Informationsarbeit auch punktuell von Menschenrechtsorganisationen oder Kampagnen geleistet. Nicht zu vergessen ist der Einsatz von indischen Staatsbürgern, die in Deutschland leben, wie der Journalist und Filmemacher Ashwin Raman oder José Punnamparambil mit der von ihm herausgegebenen Zeitschrift für deutsch-indischen Dialog 'Meine Welt'. Eher regionalen Zuschnitts sind die vereinzelt unabhängigen Südasiens-Gruppen oder auch der 'AK Swaraj', der vor bald zehn Jahren angetreten war, eine Solibewegung zu Indien zu initiieren, damit aber scheiterte.

4. Menschenrechtsarbeit

Ohne Zweifel läßt sich in den vergangenen Jahren eine Zunahme an verschiedenen Menschenrechtsverletzungen in

Indien konstatieren. Dies hat zu entsprechenden Aktivitäten der verschiedenen Menschenrechtsorganisationen in Deutschland geführt. 'amnesty international' ist mit Berichten zu Folter in Gefängnissen oder den politischen Morden in Kaschmir an die Öffentlichkeit getreten. Die 'Gesellschaft für bedrohte Völker' hat Übergriffe gegen verschiedene Adivasi-Völker angeprangert. Die Menschenrechtsorganisation FIAN ('Food First Informations- und Aktions-Netzwerk') hat regelmäßig bei Angriffen auf die Landrechte unterprivilegierter Gruppen interveniert.

5. Themenzentrierte Bündnisse

Eher neueren Datums sind, wie bereits erwähnt, themenorientierte Bündnisse, in denen sich einzelne Vertreter der oben genannten Bereiche zusammengefunden haben. Herausragend hierbei war und ist sicherlich die Kampagne gegen die Staudämme entlang der Narmada und die Kampagne gegen Kindersklaverei und Kinderarbeit in der indischen Teppichindustrie.

Am kontinuierlichsten und breitesten arbeitete die Bewegung zur Narmada. Maßgeblich koordiniert von der

'Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt' (ASW) und unterstützt von FIAN, 'Urgewald' und 'Ökolöwe Leipzig' wurde die Problematik der Zwangsvertreibung und mangelnden Entschädigung, den fehlenden Umweltverträglichkeitsprüfungen und der Fragwürdigkeit des den Mega-Dämmen unterliegenden Entwicklungskonzepts in Deutschland thematisiert. Hierbei kamen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, Menschenrechtsaktivitäten bei Verhaftungen, Polizeiübergriffen und drohenden Zwangsvertreibungen, sowie Lobbyarbeit gegenüber der Bundesregierung und der Weltbank, die das Projekt lange unterstützt haben, zum Zuge. So organisierte FIAN für die Widerstandsbewegung 'Narmada Bachao Andolan' (NBA) 1993 eine Lobbytour in Europa. Zu einzelnen Aspekten wurden auch immer wieder andere NGOs involviert: Hilfswerke, ai, BUND, etc. Erfolge sind insofern zu verzeichnen, als die Weltbank inzwischen das Projekt nicht mehr unterstützt, statt dessen die Zusammenhänge von Zwangsvertreibung ohne adäquate Entschädigung zu einem Thema bei Weltbank-Projekten über Indien hinaus wurde, daß der Damm bis heute nicht fertiggestellt und zumindest seine Dimension in Indien selbst zunehmend in Frage gestellt wird.

Konkrete Erfolge kann auch die von den Hilfswerken 'Brot für die Welt', 'Misereor' und 'terre des hommes' getragene Kampagne gegen die Kinderarbeit in der indischen Teppichindustrie verzeichnen, die in Deutschland von der 'werkstatt ökonomie' (Heidelberg) koordiniert wird. Die Kampagne trug zu einer breiten Thematisierung und Sensibilisierung des Themas in der Öffentlichkeit und auch der Debatte zur Kinderarbeit auf Ebene der Bundesregierung maßgeblich bei. Mit dem 'Rugmark'-Siegel konnte ein Instrument geschaffen werden, das die Herstellung und den Vertrieb von indischen Teppichen ohne jede Kinderarbeit garantiert.

Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang auch die Kampagnen zur Situation der Adivasis und der Dalits, die in den vergangenen zwei bis drei Jahren stattgefunden haben bzw. noch fortgeführt werden. Naturgemäß mangelte es hierbei an konkreten Erfolgen, da in erster Linie die Sensibilisierung in der allgemeinen Öffentlichkeit und in der privaten wie staatlichen Entwicklungspolitik angestrebt wurde. Leider wurden von diesen Bündnissen zu selten konkrete Aktionen vorgeschlagen und Forderungen aufgestellt, mit denen sich breitere Bevölkerungsschichten hätten solidarisieren können. Ein Problem hierbei war und ist natürlich auch, daß die Adivasi- und Dalit-Bewegungen in Indien außerordentlich heterogen sind.

Perspektiven der Solidaritätsarbeit zu Indien

Denkt man über die Perspektiven der Solidaritätsarbeit zu Indien nach, dann muß zuerst die Hoffnung stehen, daß der konkrete Anlaß für eine Solidaritätsbewegung im klassischen Sinne in naher Zukunft nicht eintritt: Denn das würde bedeuten, daß sich die politische Krise in Neu Delhi zuspitzt und möglicherweise verbunden wäre mit der Abschaffung von Zivildrehten in der "größten Demokratie der Welt", der politisch-religiös-rassistischen Verfolgung, der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzung, etc. Leider kann man ein solches Szenario angesichts der zunehmenden Stärke hindu-reaktionärer Kräfte, dem gleichzeitigen Zerfall des bisherigen politischen Establishments und der Schwäche der alternativen Bewegungen nicht ausschließen, ohne daß dies hier definitiv zu prognostizieren wäre.

In jedem Fall ist davon auszugehen, daß mit der sich zuspitzenden politischen und sozialen Polarisierung in Indien eine Zunahme von Menschenrechtsverletzungen einhergehen wird. Das gilt für die bürgerlich-politischen Rechte, auch wenn die indische Regierung in jüngster Zeit eine Menschenrechtskommission ins Leben gerufen und Menschenrechtsverletzer innerhalb der Armee bestraft hat. Das gilt auch für die sozialen Grundrechte, die im neuen Zeitalter des Wirtschaftsliberalismus sowohl im Agrarsektor als auch im industriellen Bereich unter Druck geraten werden. Der Schutz der Menschenrechte muß und wird folglich ein Schwerpunkt sämtlicher oben genannter Gruppen bleiben. Dabei kommt es darauf an, die unterschiedlichen, oft eher "unpolitisch" arbeitenden Gruppen sowie auch breitere Kreise der Bevölkerung stärker anzusprechen.

Darüber hinaus gibt es m.E. verschiedene Aspekte, denen die verschiedenen zu Indien arbeitenden Gruppen - natürlich in Absprache mit ihren indischen Partnern - eine verstärkte Aufmerksamkeit widmen sollten:

* Da wäre zum einen das Feld der privatwirtschaftlichen und staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Indischen Union und der Bundesrepublik Deutschland. Indien ist nach wie vor der größte Empfänger staatlicher deutscher Entwicklungshilfe, die Öffnung der Wirtschaft auf dem Subkontinent wird zu einem zunehmenden Engagement der hiesigen Industrie in Indien führen. Zu beiden Themen fehlt bis heute eine Bestandsaufnahme aus Sicht von deutschen und indischen NGOs oder gar eine kontinuierliche Beobachtung dieser Prozesse auf positive oder negative Auswirkungen. Hier besteht m.E. dringender

Handlungsbedarf.

Beispielsweise wird ein Großteil der BMZ-Mittel in Indien für die Bereiche Infrastruktur und Energie eingesetzt, womit zwangsläufig auch Großprojekte mit Umsiedlungsmaßnahmen zum tragen kommen. Doch fehlt beim BMZ bis heute eine von unabhängiger Seite erstellte Studie - wie sie die Weltbank bereits durchgeführt hat - über die Erfahrungen mit Umsiedlungs- und Entschädigungsmaßnahmen bei bilateralen Projekten in Indien in den vergangenen Jahrzehnten. Das BMZ verfügt noch nicht einmal über eine konkrete Richtlinie für die Umsiedlungsproblematik. Somit ist in Bonn nicht klar, was selbstverständlich sein sollte: keine Gelder für Großprojekte, bei deren Konzeption verschiedene Optionen in Bezug auf die Dimension der Umsiedlung nicht geprüft wurden.

Von der Privatwirtschaft wiederum ist zu vernehmen, die relativ starken Gewerkschaften in Indien würden einen "Standortnachteil" des Subkontinents beispielsweise gegenüber der VR China darstellen. Es ist schon makaber, daß die Dritte Welt von den Industriestaaten immer wieder verbal zur "Demokratie" gedrängt wird, Grundprinzipien der Menschen- und Bürgerrechte wie die Gewerkschaftsfreiheit aber eher ein Hindernis für Investitionen darstellen. Diesbezüglich wäre nicht nur ein aufmerksames Beobachten der deutschen Niederlassungen in Indien, sondern auch eine stärkere Vernetzung von deutschen und indischen Gewerkschaften wünschenswert, wobei NGOs als Vermittler dienen könnten.

* Gleichfalls Handlungsbedarf und auch konkrete Handlungsmöglichkeiten bieten gewisse Handelssektoren innerhalb der deutsch-indischen Beziehungen, wie es die Teppichkampagne vorgeführt hat. Die Exporteinnahmen Indiens müssen gesteigert werden - darin sind sich die offiziellen Stellen in Indien und Deutschland einig. Doch verborgen sich hinter manchen bemerkenswerten makroökonomischen Wachstumswahlen menschliche Dramen und gravierende Umweltprobleme. Bei FIAN werden wir beispielsweise zunehmend mit Hilferufen aus Indien von Fischergemeinden oder Kleinbauern konfrontiert, die durch die Ausdehnung der industriellen Krabbenzucht in ihrer Existenz gefährdet werden. Dies muß nicht grundsätzlich gegen eine stärkere Ausschöpfung der Exportpotentiale in diesem Sektor sprechen. Dabei gilt es aber, die grundlegenden Standards einer sozial- und umweltverträglichen Produktion - also den Zugang zu den natürlichen Ressourcen und zum Broterwerb der ärmeren Bevölkerung sowie eine auch in ökologischer Hinsicht tragfähige Entwicklung - zu garantieren.



Solidemonstration: Weltbankprojekte resultieren häufig in der Vertreibung von Menschen (Foto: ASW)

Das wäre in erster Linie eine Aufgabe des indischen Staates. Wo er dieser Pflicht nicht nachkommt, setzt die Aufgabe der indischen und deutschen NGOs, aber auch der Bevölkerung als Konsumenten bspw. von Teppichen oder Krabben in Deutschland ein.

* Deutsch-indische Solidaritätsbeziehungen sollen keine Einbahnstraße sein. Wie wir den Jahresberichten von ai entnehmen können, werden Menschenrechtsverletzungen nicht nur im Süden, sondern auch Norden, gar in Deutschland, verübt. Die oben skizzierten Auswirkungen diverser Mega-Projekte und neoliberaler Wirtschaftspolitik unterliegen keinesfalls nur der Verantwortung der indischen Regierung, sondern ebenso sehr den Vorgaben internationaler, von den Industriestaaten dominierter Finanzinstitutionen. Und wenn wir zum Umweltthema kommen, wird oft von der "Einen Welt" gesprochen. Diese Begrifflichkeit ist zwar beschönigend, denn die ersten Opfer der weltweiten Umweltkrisen sind fast immer die Armen im Süden. Doch ist es sicher so, daß wir gemeinsam nach einem Entwicklungsweg für diese Welt suchen müssen. Wenn die Industriestaaten ihren Energie- und Ressourcenverbrauch nicht herunter-

schrauben, würde eine unsere Entwicklung kopierende Entwicklung Indiens das Ökosystem Erde an den Rand des Kollaps führen. Auf beiden Seiten, in Indien wie in Deutschland, müssen auf diese Herausforderung Antworten gefunden werden, letztlich gemeinsame Antworten. Und manchmal scheint mir, als seien diesbezüglich die indischen NGOs weiter als die deutschen.

"Wenn sowohl die Umwelt als auch die anderen Lebensgrundlagen der Menschen bewahrt werden sollen, muß Indien noch lange ein Agrarland bleiben. Da gibt es kaum einen Ausweg, zwei Drittel der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft. Das ist auch nicht schlimm. Wir müssen diesem traditionellen Konzept entgegentreten, daß man umso entwickelter sei, je mehr Industrie man hat", hat der indische Ökologe und Sozialaktivist Ashish Kothari in diesem Kontext ausgeführt. "Selbst wenn man wollte, gäbe es keine Möglichkeit, daß die Dritte Welt einen solchen Industrialisierungsgrad wie der Westen erlangt. Die USA verbrauchen etwa 40 Prozent der Weltressourcen, wenn Indien dazu aufschließen wollte, bräuchten wir 120 Prozent, was bereits eine technische Unmöglichkeit wäre. Ich denke und

hoffe, daß Indien und ähnliche Länder zu einem Vorbild, einem Entwicklungsmodell für die Welt werden. Das sind bislang die westlichen Länder gewesen, aber ihr realisiert ja selbst wie fehlerhaft dieser Prozeß ist, in dem ihr steckt. So könnt ihr nicht weitermachen. Indien befindet sich in der Lage, eine alternative Entwicklungsvision zu initiieren. Wir haben diesbezüglich eine uralte Tradition. Wir hatten Leute wie Mahatma Gandhi, der eine umfassende Vision ausgewogener Entwicklung gehabt hat, die wir vergessen haben. Indien mit seiner starken agrarischen Verankerung kann bei einer Belebung solcher Tradition einige Antworten vermitteln, nach der die Welt sucht."

Frank Braßel ist Leiter des deutschen Büros der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN. Der Text ist eine leicht überarbeitete Version seines Referates "Ansätze zur Indien-Solidarität", das er anlässlich einer Tagung zur "Deutsch-indischen Kooperation" bei der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr gehalten hat.